

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNE + Die PARTEI, SPD

Vorlagen Nr.:

A/4/0101

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	15.12.2025

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNE + Die PARTEI, SPD: "Einforderung der Fördermittel für kommunales Energiemanagement"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

1. Der Landrat wird aufgefordert, unverzüglich beim zuständigen Fördermittelgeber nach dem Stand des am 14. März 2023 gestellten Antrages auf Förderung eines kommunalen Energiemanagements nachzufragen und die sofortige Bewilligung der Mittel einzufordern.
2. Der Kreistag fordert die Verwaltung auf, bis zur nächsten Sitzung einen Bericht über das Einsparpotenzial (Strom/Wärme) in kommunalen Liegenschaften vorzulegen, inkl.:
 - Analyse der beiden bestehenden PV-Anlagen (Leistung, Ertrag, Skalierungsmöglichkeiten).
 - Prüfung der Freiflächen-PV z.B. der Deponie Ralswiek (Zeitplan, Kosten, Genehmigungsstatus).
 - Vorschläge für kurzfristige Maßnahmen (z. B. Beleuchtung, einfache und hocheffiziente Wärmedämmung, Heizungsoptimierung)

Begründung:

1. Die Energiekosten des Kreises sind laut Antwortschreiben aus der Kreisverwaltung in den letzten Jahren enorm gestiegen. Laut Deutschem Städtetag können in Kommunen durch die Einführung und Verstetigung eines Energiemanagements **bis zu 30 Prozent Energiekosten jährlich eingespart** werden, so das Antwortschreiben weiter. Dies entspricht, gemessen an den Energieausgaben 2025 des Kreises, einem Einsparungspotential von 900.000€ pro Jahr in Vorpommern-Rügen.
2. Fördermittel liegen brach - seit 2,5 Jahren! Der Antrag vom 14.03.2023 auf Förderung eines Energiemanagements wurde bisher nicht bewilligt oder abgelehnt. Dies bedeutet Verlust der Planungszeit. Es besteht das Risiko, dass die Mittel verfallen und damit wichtige energetische Sanierungen und Maßnahmen nicht umgesetzt werden und zusätzlich durch Personalmangel weiter aufgeschoben werden müssen.
3. Die unbesetzte Stelle des Energiemanagers ist ein strukturelles Problem, das den Kreis jährlich Hunderttausende kostet. Die Förderung würde die Personalkosten zu 70 % decken.

gez. Dirk Niehaus

Fraktionsvorsitzender

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + DIE PARTEI